

von
Radzini
Oledan

Arbeit in Hungersnot

Diskrepanzen und Herausforderungen philippinischer ArbeiterInnen

Die Autorin ist Wissenschaftlerin und Schreiberin in Davao sowie Kolumnistin für SunStar Davao. Sie lehrt an der University of Southeastern Philippines, wo sie auch ihren Doktor in Entwicklungszusammenarbeit absolvierte.

Der philippinische Arbeitsmarkt bringt viele Unsicherheiten mit sich wie die Hoffnung auf eine feste Anstellung trotz hoher Arbeitslosenrate, die oft unzureichenden Arbeitsbedingungen und geringe Entlohnung trotz Überstunden bis hin zur Missachtung der Grundrechte.

Die 14-jährige Len-Len wuchs in einer Marginalisierung auf und träumte von einem besseren Leben außerhalb ihrer kleinen Gemeinde. Sie fand einen Job als Haushaltshilfe und hatte große Hoffnungen, dass sich für sie und ihre zurückgelassene Familie dadurch alles zum Besseren wenden würde. Die Ernüchterung kam schnell: Len-Len arbeitete 19 Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche, jeweils von vier Uhr morgens bis elf Uhr abends. Bei einem Zwischenfall wurde sie von ihrem Arbeitgeber gezwungen eine Flasche *liquid sosa*, ein ätzender, chemischer Stoff, der gegen verstopfte Abflussrohre genutzt wird, zu trinken. Qualvolle Monate vergingen, bis sie den Folgen dieses Vorfalles erlag.

Viele Haushaltshilfen in den Philippinen werden wie Len-Len für jede kleinste Ordnungswidrigkeit missbraucht und misshandelt. Der unzureichende Zugang zu Bildung und Fördermöglichkeiten drängt vor allem Jugendliche und Frauen aus ländlichen Gebieten dazu, ihre Familien zu verlassen und als Haushaltshilfen in den Städten oder im Ausland zu arbeiten. Während in der Fremde die ArbeiterInnen durch Gesetze geschützt sind, sieht das im Heimatland anders aus.

Geschätzte zwei bis 2,5 Millionen Hausangestellte gibt es mittlerweile in den Philippinen. Basierend auf den Arbeitsmarktzahlen (*Labor Force Sur-*

vey) vom Juli 2010 sind in 1,9 Millionen privaten Haushalten Angestellte beschäftigt. Dazu kommen weltweit 8,6 bis elf Millionen Overseas Filipino Workers (OFWs), das entspricht ungefähr elf Prozent der philippinischen Bevölkerung. Mehr als die Hälfte der insgesamt 1,9 Millionen weiblichen OFWs (56,1 Prozent) arbeiteten von April bis September 2009 als Haushaltshilfen oder Reinigungskräfte.

Während etliche Haushaltshilfen, auch *kasambahays* genannt, gerecht behandelt, angemessen bezahlt und teilweise sogar zu einem erweiterten Familienmitglied werden, gibt es ebenso viele, die Misshandlungen erfahren.

Verweigerung von Grundrechten

HaushaltshelferInnen geben viel, nehmen aber wenig in Anspruch: Einerseits tragen sie maßgeblich zu wirtschaftlichem Wachstum und erhöhter Produktivität bei, da sie die tägliche Arbeiten im Haushalt erledigen und ihren ArbeitgeberInnen so mehr Zeit für Wirtschaftstätigkeiten ermöglichen, andererseits werden sie aber auf die unterste Stufe der ökonomischen Hierarchie degradiert. Laut Gesetz sind sie Erwerbstätige im informellen Sektor und somit von Grundrechten, Schutzmaßnahmen sowie Privilegien ausgeschlossen. In Situationen des Missbrauchs verfügen sie daher über keine Rechtsmittel, um sich selbst zu verteidigen zu können. Zusätzlich sind sie die Opfer der Misshandlungen kaum bewusst und kennen ihre Grundrechte nicht.

Ein Abschnitt der Magna Carta Bill zum Schutz der Hausangestellten zielt darauf, die Vernachlässigung und Diskriminierung von erwachsenen und jugendlichen Haushaltshilfen zu beenden. Das Gesetz beinhaltet unter anderem die Zahlung eines Mindestlohns und eines dreizehnten Monatsgehalts sowie regelmäßige freie Tage, Sozialleistungen, Bildungsmaßnahmen und bessere Arbeitsbedingungen für Hausangestellte.

Der Gesetzesentwurf versucht auf die Situation der Haushaltshilfen aufmerksam zu machen, indem eine Grundversorgung geschaffen werden soll, die ihre Würde achtet. Das wäre ein großer Schritt für eine gleichberechtigte Behandlung und würde Möglichkeiten bieten, den Schutz der ArbeiterInnen zu erhöhen. Die Umsetzung der Verordnung muss allerdings weiterhin kritisch begleitet werden.

Aktivisten dieses Gesetzes stehen zahlreichen Herausforderungen gegenüber: Regelrechte Razzien

Zwei junge Mädchen spielen zusammen – ob ihre Zukunft ihnen mehr Rechte bringt? Foto: B. J. Patiño



gegen Gewerkschaften stellen eine Herausforderung für Rechtsanwälte dar, ebenso der geringe Schutz für ArbeiterInnen und sehr niedrige Löhne, die es kaum erlauben ein angemessenes Leben führen zu können. Außerdem nutzen die privaten ArbeitgeberInnen oft jedes Schlupfloch, das sich im Arbeitsgesetz finden lässt, zum Nachteil der Haushaltshilfen.

Forderung nach einem Mindestlohn

Auf den Philippinen gibt es eine große Diskrepanz zwischen den Bedürfnissen und dem Gehalt einer Familie. In der Hauptstadtregion gibt es eine große Diskrepanz zwischen 265 Peso Mindestlohn pro Tag und täglichen Lebenshaltungskosten von 509 Peso (für eine Familie). Der durchschnittliche Lohn der im Handel arbeitenden Bevölkerung liegt bei 258 Peso (ungefähr 4,98 Euro) pro Tag. Angestellte im Haushalt verdienen allerdings nur einen Tageslohn von 126 Peso und damit deutlich weniger als der nationale Durchschnitt.

Das unabhängige Forschungsinstitut IBON teilt dieses Gehalt für folgende monatliche Ausgaben auf: 6.120 Peso (etwa 120 Euro) für den Lebensmittelbedarf, 2.096 Peso (40 Euro) für die Miete, 1.150 Peso (20 Euro) für Benzin, Wasser und Strom sowie 843 Peso (15 Euro) für Transportkosten. Diese Kosten entsprechen etwa 80 Prozent der Ausgaben, während die restlichen 20 Prozent vornehmlich für Kleidung, Körperpflege, Schuhe, Bildung und Gesundheit verwendet werden.

Die Situation ist in anderen Provinzen und Städten teilweise sogar noch schlimmer. Über viele Jahre stieß die Forderung nach einem Mindestlohn auf taube Ohren in den regionalen Behörden, welche den Bedürfnissen der ArbeiterInnen nicht nachkommen. ArbeiterInnen, die ihre Kaufkraft trotz der Inflation wiedererlangen konnten, fordern nun einen Gehaltsausgleich, um auf die ansteigenden Preisen von Bedarfsgütern reagieren zu können.

Die ILO klagt an

Eine Studie der International Labor Organization (ILO) ergab, dass 15 Prozent der Angestellten auf den Philippinen einen zu geringen Lohn erhalten, der noch unter dem Gehaltsniveau in Kambodscha oder Indonesien liegt. Die Studie besagt ebenfalls, dass Frauen häufiger zu den niedrig Verdienenden zählen als Männer.

Der Global Wage Report der ILO folgert deshalb, dass ArbeiterInnen größtenteils von der Wirtschaftskrise und den geringen Löhnen betroffen seien. Der Bericht hebt besonders die widersprüchlichen Lohnentwicklungen des Landes hervor: bessere Schulbildung geht im Gegensatz zu den Modellen in ande-



Sonntag morgen bei einer Bäckerei. Auf dem T-Shirt der Verkäuferin steht »Tulog!«, das heißt schlafen!
Foto: B.J. Patiño

ren Teilen der Erde nicht mit höheren Löhnen einher. Außerdem leben in den Philippinen viele gering Verdienende, die nur eine Grund- oder Hauptschulbildung vorweisen können.

Darüber hinaus arbeiten in den Philippinen insgesamt 60 Prozent der Erwerbstätige unter prekären Bedingungen. Dies ist auch in anderen Ländern Asiens zu beobachten, wo mehr als 400 Millionen ArbeiterInnen in extremer Armut leben.

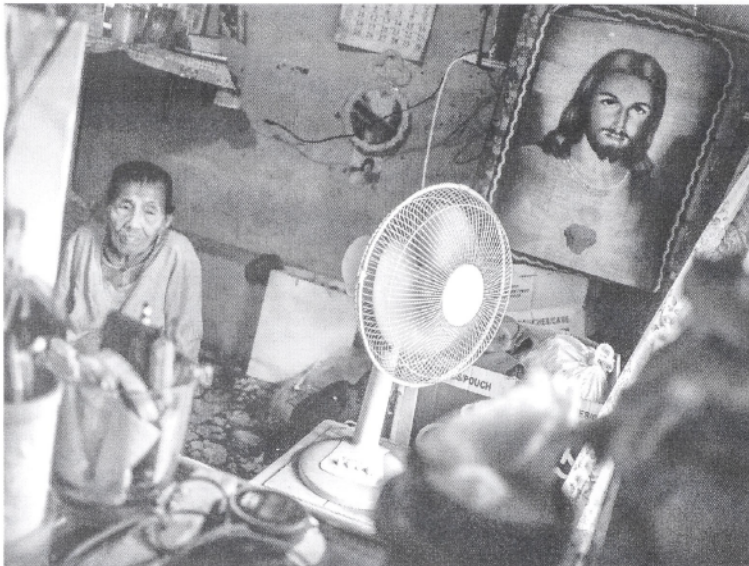
Bei der letzten Erhebung im Oktober 2010 lag die Arbeitslosenquote in den Philippinen bei 2,8 Millionen, ein wenig höher als die 2,72 Millionen, die im vorherigen Jahr gemeldet wurden. IBON hingegen schätzte die Arbeitslosenzahl weitaus höher ein: auf 4,16 Millionen Menschen.

ArbeiterInnen, die einen niedrigen Lohn erhalten, haben daher keine andere Wahl als weiter zu arbeiten. Len-Lens Familie, wie auch viele andere, verfügen damit immerhin über eine sichere Einnahmequelle.

Die Hoffnung liegt im Ausland

Angesichts der geringen Optionen auf einen guten Arbeitsplatz im Inland geht ein Großteil der Bevölkerung lieber ins Ausland, um Arbeit zu finden. Dort kommen LehrerInnen, KrankenpflegerInnen, IngenieurInnen, Ärztinnen und Ärzte sowie andere gut ausgebildete Personen des Dienstleistungssektors eher über die Runden – oft machen sie sogar Karriere. Doch es gibt auch Negativbeispiele und viele MigrantInnen scheitern oder zerbrechen aufgrund von Heimweh und fehlender sozialer Kontakte vor Ort.

Obwohl immer mehr Menschen das Land verlassen, sind auch die Aussichten im Ausland schlecht, da die Finanzkrise ausländische Betriebe in Schwierigkeiten bringt und MigrantInnen sowie ausländische Arbeitskräfte entlassen werden. Die ILO warnt



Viele Menschen sind im Seniorenalter auf die Hilfe ihrer Familien angewiesen, da sie weniger arbeiten und auch weniger Arbeit finden.
Foto: B.J. Patiño

deshalb vor steigender Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 2012.

Die jährliche Beschäftigungsentwicklung zeigt, dass trotz des Aufschwungs bezüglich des Wirtschaftswachstums in vielen Ländern, die offizielle Zahl der globalen Arbeitslosen, laut ILO, bei 203,3 Millionen (6,1 Prozent) im Jahr 2011 geblieben ist. Dies sind sogar 25,9 Millionen Menschen mehr als die verzeichneten Arbeitslosen im Jahre 2007 – vor der globalen Finanzkrise.

Das erhöht die Unsicherheit der Beschäftigung für OFWs. In einigen Ländern wurden Arbeitsverbote eingeführt, was jedoch tausende Filipin@s nicht

darin hinderte, sich bei Vermittlungsagenturen zu bewerben, beim Außenministerium für Reisepässe anzustellen oder sich bei weiteren Behörden um ihre Unterlagen zu kümmern.

Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt instabil: Politische Entscheidungsträger müssen insbesondere Antworten finden auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die vielen prekären Anstellungen, die generelle Armut und die mangelnde sozialen Sicherheit. Die Arbeitsmarktpolitik sollte sich daher neu ausrichten, um bessere Chancen zu schaffen, ArbeiterInnen zu schützen sowie auf die Herausforderungen des Landes zu reagieren.

Während allerdings weiter über die Brauchbarkeit von bereits vorhandenen Praktiken sowie die Entwicklung von nachhaltigen Arbeitsstrukturen diskutiert wird, verlassen weiterhin tausende Filipin@s ihre Familien, um sich im Ausland nach einem Job umzusehen.

Es gibt also klare Defizite und Herausforderungen, denen sich der Arbeitsmarkt zu stellen hat. Es ist höchste Zeit zusammen einen Blick auf die Realitäten zu werfen und Lösungsvorschläge für die von der Krise betroffenen einheimischen ArbeiterInnen zu finden, anstatt weiterhin auf die Auslandsüberweisungen der OFWs zu setzen, um die Inlandswirtschaft aufrechtzuerhalten.

SÜDASIEN

DAS DEUTSCHSPRACHIGE SÜDASIEN-MAGAZIN

Politik und Menschenrechte, Literatur und Religion, Gesellschaft und Geschichte, Kultur und Wirtschaft.

Indien, Pakistan, Bangladesch, Nepal, Sri Lanka, Afghanistan, Bhutan, Malediven.

Aktuelle Analysen, Kommentare, Interviews, Reportagen und fundierte Hintergrundinformation.

Drei bis vier Hefte im Jahr mit jeweils ca. 80 Seiten zum Schmökern, Diskutieren, Nachlesen und Sammeln.

Unabhängige Vierteljahreszeitschrift des SÜDASIENBÜRO, Bonn

SÜDASIEN
Postfach 140 110
53056 Bonn

Schwerpunkte 2012
Literatur (1-2012)
Menschen mit Behinderungen (2-2012)
Nepal (3/4-2012)



Abonnement oder Probeheft:
suedasienbuero@suedasien.de
www.asienhaus.de/zeitschrift-suedasien